

BACHELORARBEIT

Untersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öf- fentlich-rechtlichen MedienUn- tersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öf- fentlich-rechtlichen Medien

vorgelegt am 26. März 2022
Felix Linz

Erstprüferin: Sven Janzen
Zweitprüfer: Prof. Thomas Görne

**HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN HAMBURG**

Department Medientechnik
Finkenau 35
20081 Hamburg

Zusammenfassung

Die öffentlich-rechtlichen Medien gelten als zentrales Element demokratischer Öffentlichkeit – und stehen zugleich immer häufiger in der Kritik. Diese Arbeit untersucht, ob und wie Beitragszahlende über eine digitale Schnittstelle Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen öffentlich-rechtlicher Medien nehmen könnten. Ausgehend von einer kritischen Analyse bestehender Strukturen und deren historischer wie technologischer Genese, werden spekulative Modelle partizipativer Interaktion entwickelt, deren gesellschaftlicher Nutzen und mögliche Risiken im Spannungsfeld zwischen Medienethik, demokratischer Teilhabe und technologischem Wandel reflektiert werden. Ziel ist nicht nur ein gestalterischer Entwurf, sondern auch die Befragung seiner praktischen, politischen und ethischen Realisierbarkeit.

Abstract

Public service media are considered a core pillar of democratic society—yet they are increasingly facing public criticism. This thesis explores whether and how license fee payers could exert influence on editorial decisions through a digital interface. Starting with a critical analysis of existing governance structures and their historical and technological foundations, speculative models of participatory interaction will be developed. These will be evaluated in light of their democratic potential, ethical implications, and practical feasibility. The project combines design research with media ethics, aiming to not only create a prototype but also reflect on its broader societal and political relevance.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	ii
Abstract	ii
Abkürzungsverzeichnis (bei Bedarf)	v
Abbildungsverzeichnis	vi
Tabellenverzeichnis (bei Bedarf)	vii
Formelverzeichnis (bei Bedarf)	viii
1. Einleitung und zentrale Fragestellung.....	i
2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und gesellschaftliche Rolle	ii
2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	ii
2.2 Aufgaben des ÖRR laut Medienstaatsvertrag	iv
2. Wahrnehmung des ÖRR.....	vii
2.1 Unzufriedenheit	vii
2.2 Die Rolle von Medienvertrauen	viii
2.3 Tatsächliche Wahrnehmung.....	x
2.4 Politische Tendenziös?.....	xii
2.5 Geringes Wissen über Journalismus korreliert mit geringem Medienvertrauen	xiv
3. Einflussmöglichkeiten auf den ÖRR.....	xv
3.1 Beratung bei der Programmherstellung.....	xv
3.2 Politische Einflussnahme	xvii
4 Rundfunkgebühren	xix
5. Misinformation.....	xxi
Drei Ansätze zur Bekämpfung von Fehlinformation und Desinformation	xxi
Förderung von Medienkompetenz.....	xxii
Genuin öffentlich-rechtliche Plattformen.....	xxiii
6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance	xxiv
8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung	xxiv
9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze	xxiv

10. Gefahren	xxiv
11. Gesellschaftlicher Nutzen.....	xxv
11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien	xxv
Literaturverzeichnis	xxvi
Anhang	xxvii
Eigenständigkeitserklärung	xxviii

Abkürzungsverzeichnis (*bei Bedarf*)

ÖRR Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

BVerfG Bundesverfassungsgericht

Bei der Gestaltung des Abkürzungsverzeichnisses gilt es zu beachten, dass in der Regel nur solche Abkürzungen angegeben werden, die nicht Teil des üblichen Sprachgebrauchs sind. Abkürzungen wie z. B., u. a. oder bzw. gehören nicht in ein Abkürzungsverzeichnis. Ob ein Abkürzungs-, Abbildungs-, Tabellen- oder Formelverzeichnis oder andere Verzeichnisse erforderlich sind, hängt von der Anzahl der aufzulistenden Elemente ab.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Absatzmarken anzeigen lassen	1
Abbildung 2: Aktualisierung der Verzeichnisse	2
Abbildung 3: Silbentrennung	2
Abbildung 4: Abbildungsbeschriftung	3

Tabellenverzeichnis (*bei Bedarf*)

<u>Tabelle 1: Tabellenbeschriftung Quelle: Eigene Darstellung</u>	4
---	---

Formelverzeichnis (*bei Bedarf*)

<u>Formel 1: Berechnung der absoluten Summenhäufigkeit bei univariaten Datenanalysen</u>	3
--	---

1. Einleitung und zentrale Fragestellung

- Gibt es bessere Alternativen zur Steuerung öffentlich-rechtlicher Medien und zur Verwendung von Rundfunkbeiträgen in Deutschland?
- Was ist Sinn und Zweck öffentlich-rechtlicher Medien und des Rundfunkbeitrags?
- Welche Themen sind für die Gestaltung von Alternativen entscheidend?

Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland stehen unter doppeltem Druck: einerseits durch technologische Umbrüche, andererseits durch eine wachsende gesellschaftliche Skepsis gegenüber ihrem Auftrag, ihrer Struktur und ihrer Repräsentativität. Die Beiträge zur Finanzierung dieser Institutionen sind verpflichtend – die Einflussmöglichkeiten der zahlenden Öffentlichkeit hingegen begrenzt. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis nach Sichtbarkeit, Teilhabe und Mitgestaltung medialer Strukturen, die den Anspruch erheben, „für alle“ da zu sein.

Diese Arbeit nimmt ihren Ausgangspunkt in einem demokratischen Spannungsverhältnis: Wie lässt sich ein System gestalten, das sowohl unabhängig als auch rückgebunden an seine Öffentlichkeit agiert? Gibt es realistische Alternativen oder Ergänzungen zur gegenwärtigen Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – insbesondere in Bezug auf Transparenz, Legitimation und Partizipation?

Ziel dieser Arbeit ist es, im Rahmen eines spekulativen Designprojekts zu untersuchen, ob und wie eine konkrete, digitale Schnittstelle zwischen Beitragszahler*innen und den öffentlich-rechtlichen Medien gestaltet werden könnte. Dabei soll Gestaltung nicht als dekorativer Zusatz, sondern als Mittel gesellschaftlicher Erkenntnis und Intervention verstanden werden. Die Arbeit bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Medienethik, öffentlicher Governance, demokratischer Teilhabe und spekulativem Service Design.

Zentrale Leitfrage ist:

Gibt es bessere oder ergänzende Modelle zur Steuerung öffentlich-rechtlicher Medien und zur Verwendung der Rundfunkbeiträge – und wie könnten diese gestaltet sein?

Zur Beantwortung dieser Frage wird die Arbeit sowohl systemische, historische und technologische Bedingungen analysieren als auch mit prototypischen Entwürfen spekulative Gestaltungsperspektiven aufzeigen.

2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und gesellschaftliche Rolle

Für die Beantwortung der Kernfrage dieser Arbeit ist es unumgänglich zu verstehen, was genau öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland gegenwärtig sind und welchen Auftrag sie erfüllen. Ohne dieses Grundwissen wäre es weder möglich, die Legitimität bestehender Beteiligungsmechanismen zu bewerten, noch einen stichhaltigen Prototypen für eine potenzielle neue Mitgestaltungsmöglichkeit für Beitragszahler*innen zu entwickeln. Dieses Kapitel dient daher der begrifflichen und strukturellen Grundlegung.

2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Nach den verheerenden Erfahrungen mit staatlich gelenkter Propaganda im Nationalsozialismus und im Staatssozialismus erschien es besonders zentral, unabhängige Informationen bereitzustellen und eine ausgewogene Ansprache und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten. Die westlichen Alliierten förderten nach 1945 den Aufbau regional verankerter, staatsferner und nicht kommerzieller Rundfunkanstalten in öffentlicher Trägerschaft. Die britische BBC galt als Vorbild, die Stärkung der jungen Demokratie war das Ziel. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine zentrale Säule der freien Meinungsbildung in Deutschland.¹ In Deutschland ist der ÖRR eine Sammlung selbstständig agierender Akteure, die nicht nur unabhängig agieren, sondern auch eine wichtige Rolle in der demokratischen Meinungsbildung Deutschlands einnehmen. Er setzt sich in Deutschland zusammen aus den neun Landesrundfunkanstalten der *ARD*, dem *ZDF* sowie dem *Deutschlandradio*. Die *Deutsche Welle*, gehört nicht zum ÖRR.²

Die Aufgaben des ÖRR werden im *Medienstaatsvertrag*, dem Nachfolger des Rundfunkstaatsvertrags, der seit 1991 galt und immer wieder erweitert wurde, seit 2020 geregelt. Die Umbenennung sollte vor allem signalisieren, dass das Gesetz nicht mehr nur für Fernsehen und Radio gilt, sondern auch für alle digitalen Medienanbieter.³

Der ÖRR selbst bekommt im *Medienstaatsvertrag* den Auftrag mit seinen Angeboten zum Prozess der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Er ist dazu verpflichtet, einen umfassenden Überblick über das Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Die Angebote müssen der *Bildung, Information, Beratung* und *Unterhaltung* dienen. Darüberhinaus wird Explizit ein besonderer Fokus auf die Kultur erwähnt. Um diesen Auftrag zu erfüllen, haben sich die öffentlich-rechtlichen Sender an bestimmte Programmgrundsätze halten. So sollten sie Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit wahren und so einen Beitrag zur Verwirklichung einer

¹ FriedrichEbertStiftung2022

² KurzundKnappRedaktion2020

³ Frank2020

freiheitlichen demokratischen Grundordnung leisten.⁴ Für den ÖRR gilt ebenfalls das Gebot der „Staatsferne“. Konkret bedeutet das, dass der Staat selbst weder redaktionell tätig werden, noch journalistische Angebote beeinflussen darf. Das beugt einer politischen Vereinnahmung vor und schließt einen „Staatsfunk“ aus. Schließlich ist der Journalismus die *vierte Gewalt* im Staat.⁵ Er sollen Judikative, Legislative und Exekutive überwachen und die Menschen über Verfehlungen und Missstände aufklären. Durch das Gebot der „Staatsferne“ soll garantiert werden, dass sowohl antidemokratische als auch demokratische Kräfte den ÖRR nicht für ihren Zwecke missbrauchen können. Um den ÖRR zusätzlich unabhängig von Einschaltquoten, Werbepartnerschaften, kommerziellem Erfolg und guten Beziehungen zu anderen Akteuren zu machen, hat das BVerfG den Gesetzgeber verpflichtet eine bedarfsgerechte eigenständige Finanzierung zu gewährleisten.⁶ Der ÖRR wird deshalb nicht mit Steuern, sondern zu 80% aus Rundfunkgebühren finanziert.⁷ Werbung darf im ÖRR maximal 20 Minuten am Tag, und gar nicht nach 20 Uhr gesendet werden.⁸

Neben den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten gibt es im Deutschen Mediensystem andere privatwirtschaftlich Agierende Akteure. Sie sind im Unterschied zum ÖRR i. d. R. werbefinanziert und weder an einen bestimmten Auftrag gebunden, noch dem Gemeinwohl verpflichtet. Im *dualen Mediensystem*, sollen sich die privatwirtschaftlichen Medien und der ÖRR gewissermaßen ergänzen. Während die privaten Sender, beziehungsweise inzwischen alle privaten Medien Interessen decken können, mit denen sich ein finanzieller Erfolg erzielen lässt, oder für die Medienkonsumenten bereit sind zu zahlen, ist der ÖRR mit seiner umfassenden Unabhängigkeit theoretisch in der Lage, auch alles was zwar wichtig, aber finanziell wenig erfolgversprechend, oder womöglich im Interessenkonflikt mit den Zielen der Besitzer der privatwirtschaftlichen Medienhäuser stehend ist, in seiner Berichterstattung zu behandeln.⁹

Bemerkenswert ist auch, dass die Auswahl an Formaten, die dem ÖRR zur Erfüllung ihres Auftrags zur Verfügung stehen, auf *Telemedien* oder *Telemedienähnliche*, also Formate die im Schwerpunkt mittels Bewegtbild und Ton zu gestalten sind. Ausgenommen sind davon lediglich Texte auf Übersichtsseiten oder solche mit konkretem Sendungsbezug.¹⁰ Das Beiträge des ÖRR in Textform im Internet erscheinen, beklagen deutsche Verlage schon lange im Rahmen der *Presseähnlichkeit*. Sie sehen darin eine illegitime Konkurrenz. Im Internet sind Texte des ÖRR schon finanziert und zugänglich, während die Presseanstalten ihre Inhalte verkaufen, oder hinter Paywalls verstecken müssen.¹¹

Daraus erschließt sich eine wichtige Erkenntnis: Wir als Rundfunkgebühren Zahlende, tun das nicht, damit der ÖRR uns gefällt, sondern damit er unabhängig ist. Für unsere individu-

⁴ KurzundKnappRedaktion2020

⁵ Steinlein2023

⁶ Bovermann2024

⁷ Piepenbrink2009

⁸ Steinlein2023

⁹ Thomass2016

¹⁰ Lauer2022

¹¹ Fries2022

ellen Vorlieben und Wünsche ist nicht der ÖRR zuständig, sondern alle privaten Anbieter von Medien.

2.2 Aufgaben des ÖRR laut Medienstaatsvertrag

§ 26 Auftrag

(1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen **umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben**. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die **europäische Integration**, den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** sowie den **gesamtgesellschaftlichen Diskurs** in Bund und Ländern fördern. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Bei der Angebotsgestaltung sollen sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen. **Allen Bevölkerungsgruppen** soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden. Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, **insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen**, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien. Die öffentlich-rechtlichen Angebote haben der **Kultur, Bildung, Information und Beratung** zu dienen. **Unterhaltung**, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags. Der Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 soll in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlebene der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein.¹²

Die im Medienstaatsvertrag zugesicherte **Grundversorgung** bedeute die technische und inhaltliche Sicherung einer umfassenden Berichterstattung. Der ÖRR soll ein an die Allgemeinheit gerichtetes, inhaltlich vielfältiges Programm sowie eine möglichst flächendeckende Übertragung sichergestellt werden. Der Rundfunk solle durch die Auswahl von Programmen und Themen die freie Meinungsbildung und kulturelle Vielfalt gewährleisten. Ferner soll er mit seinem Angebot der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung den Rezipienten dienen.¹³

¹² Medienstaatsvertrag 2024 § 26

¹³ Hoffmann 2016

Der ÖRR muss in seinen Angeboten einen **umfassenden Überblick** über das **internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen** in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen dabei die **internationale Verständigung**, die **europäische Integration**, den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern.¹⁴ Dadurch soll die internationale Verständigung, die europäische Integration und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bund und Ländern gefördert werden. Mit der **Verpflichtung zur Integration** ist gemeint, gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, alle gesellschaftlichen Schichten anzusprechen, deren Teilhabe am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu ermöglichen, auseinanderstrebende Tendenzen der Massengesellschaft zusammenzuführen, alle Bürger am Zeitgespräch der Gesellschaft zu beteiligen sowie Bürgersinn und Engagement für das demokratische Gemeinwesen zu motivieren. Der Informationsbegriff wird im Medienstaatsvertrag sehr weit gefasst und umfasst Nachrichten und Zeitgeschehen, politische Information, Wirtschaft, Auslandsberichte, Religiöses, Sport, Regionales, Gesellschaftliches, Service und Zeitgeschichtliches. **Bildung** bezieht sich auf die Bereiche "Wissenschaft und Technik, Alltag und Ratgeber, Theologie und Ethik, Tiere und Natur, Gesellschaft, Kinder und Jugend, Erziehung, Geschichte und andere Länder". Bildungssendungen sind Programme, deren Inhalte eine möglichst breite Bevölkerungsschicht ansprechen sollen, z. B. Programme im Feature- oder Magazinformat zu naturwissenschaftlichen Themen oder Gesellschaft und Technik.

Investigativer Journalismus solle den Zweck der Information und Orientierung erfüllen sowie politische Positionierungen ermöglichen.¹⁵ Er muss die Angebote die Würde des Menschen achten und zu schützen. Darüberhinaus müssen die Angebote darüberhinaus sogar dazu beitragen „die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinungen anderer zu stärken“. Berichterstattungen muss unabhängig und sachlich sein. Nachrichten müssen vor ihrer Verbreitung mit der gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft geprüft werden.¹⁶ Außerdem soll der ÖRR in seinen Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen.¹⁷

¹⁴ Medienstaatsvertrag2024 §26

¹⁵ Hoffmann2016

¹⁶ Medienstaatsvertrag2024

¹⁷ Medienstaatsvertrag2024

§ 2 Begriffsbestimmungen

27. unter Kultur insbesondere Folgendes zu verstehen: Bühnenstücke, Musik, Fernsehspiele, Fernsehfilme und Hörspiele, bildende Kunst, Architektur, Philosophie und Religion, Literatur und Kino

28. unter Unterhaltung insbesondere Folgendes zu verstehen: Kabarett und Comedy, Filme, Serien, Shows, Talk-Shows, Spiele, Musik¹⁸

28. unter Unterhaltung insbesondere Folgendes zu verstehen: Kabarett und Comedy, Filme, Serien, Shows, Talk-Shows, Spiele, Musik¹⁹

Laut Kulturrat hat der ÖRR für den Kulturbereich in Deutschland eine „unverzichtbare“ Bedeutung. Er sei wesentlicher Auftraggeber für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Einige Genres wie z.B. das Hörspiel und das Hörbuch würden überwiegend vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk beauftragt und gesendet. In Deutschland sei er der größte Auftraggeber für zeitgenössische Kompositionen. Darüberhinaus ist er wichtig für die Kulturberichterstattung, und zwar sowohl hinsichtlich der regionalen Berichterstattung. Zum Kulturjournalismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehörten u. a. die Kunstkritik, die Kulturberichterstattung, die Besprechung und Einordnung von künstlerischen Werken, die Beobachtung und die Auseinandersetzung mit dem kultur- und gesellschaftspolitischen Geschehen. Die Kulturberichterstattung habe ihrerseits erheblichen Einfluss auf den Bekanntheitsgrad von Künstlerinnen und Künstlern und ihrer Werke. Damit beeinflusse sie den wirtschaftlichen Erfolg und habe Rückwirkungen auf die gesamte Kultur- und Kreativwirtschaft.²⁰ **Unterhaltung** kann wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen, wenn sie Realitätsbilder vermittelt und Gesprächsgegenstände zur Verfügung stellt, an die sich Diskussionsprozesse anschließen könnten, die sich auf Lebenseinstellungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster beziehen.²¹

¹⁸ Medienstaatsvertrag 2024

¹⁹ Medienstaatsvertrag 2024

²⁰

²¹ Bundesverfassungsgericht 2008

2. Wahrnehmung des ÖRR

2.1 Unzufriedenheit

Schon 2014 beschimpften Bürger aus dem Umfeld von „Pegida“ etablierte deutsche Medien als „Lügenpresse“. Ein Jahr später wurde es von einer Jury zum „Unwort des Jahres“ gewählt²². 2016 begann Donald Trump erfolgreich die Kontrolle durch die vierte Gewalt zu bekämpfen, indem er sie ab da über 2000 mal „Fake News“ nannte²³. Spätestens seit dem, wird in der Deutschen Medienlandschaft immer wieder und verstärkt über eine Vertrauenskrise in die deutschen Medien diskutiert²⁴. Aber nicht nur die Medienwissenschaftler diskutieren über Sinn und Zweck des ÖRR, auch auf Social Media wird die Debatte nach wie vor geführt. Auf Reddit regt sich ein mutmaßlicher Nutzer auf wie es nur sein könne, dass er jeden Monat 20€ für etwas bezahlen müsse, was er nie nutze: Rote Rosen, Sturm der Liebe, das Traumschiff und dann noch den Tatort. Aber nicht nur das Unterhaltungsprogramm der ARD ist im Fokus der Kritiker. Im Juni 2025 holt der Journalist und Webvideoproduzent Tilo Jung in der Sendung „Monitor“ der ARD zum Rundumschlag gegen den Journalismus, und vor allem auch den im ÖRR beheimateten Journalismus aus. Der Qualitätsjournalismus läge in Deutschland 3 Meter unter dem Boden und sei faktisch tot. Deutsche Journalisten hielten sich nicht an journalistische Qualitätsstandards, dienten nicht der Öffentlichkeit, sondern ausschließlich den Mächtigen. Beim ÖRR könne man nur Chefredakteur mit Stimmen von CDU und SPD werden, dadurch stände das gesamte System ÖRR in einer Koabhängigkeit mit der Politik. Den ÖRR sieht er dabei besonders in der Verantwortung, da dieser im Gegensatz zu den privaten Medien frei von Gewinnorientierung arbeiten könne. Allerdings arbeite der Journalismus in Deutschland primär um den Interessen der Mächtigen und der Staatsdoktrin zu dienen. Jung geht dabei so weit, dem Journalismus sein Dasein als Journalismus abzusprechen, und ihn stattdessen als „Propaganda“ zu betiteln. Aber auch Moderator und Leiter der Sendung „Monitor“ Georg Restle äußert scharfe Kritik am eigenen Arbeitgeber. Unter dem Deckmantel des programmatischen Grundsatzes „Vielfaltsgebot“ würden Redakteure des ÖRR ideologisch getriebene Beiträge produzieren, die journalistische Standards ignorieren. Darüber hinaus hätten die Mediatheken einen negativen Einfluss auf die Qualität der Programme, da sie Erfolg in Reichweite messen, und qualitativ hochwertige Programme, die aber geringe Zuschauerzahlen haben ein Ende bereiteten.²⁵

In einem Journalistischen Diskussionsbeitrag spricht der Jurist Hermann Binkert von einem „massiven Vertrauenseinbruch bei unter 30 jährigen“. Nur jeder Dritte dieser Alters-

²² Spiegel2015

²³ Woodward2020

²⁴ Viehmann2023

²⁵ Monitor2025

gruppe vertraue ARD und ZDF.²⁶ Wie sehr die Deutschen tatsächlich zufrieden mit dem ÖRR sind, und wie sehr sie diesem Vertrauen schenken, messen mehrere Studien.

2.2 Die Rolle von Medienvertrauen

Der Begriff des Medienvertrauens ist zentraler Teil dieses Themenkomplexes, und bedarf einer gewissen Erläuterung. Es bezeichnet das Ausmaß, in dem Menschen den Informationen glauben, die sie über Medien erhalten, und die Medien insgesamt als glaubwürdig, unabhängig und zuverlässig einschätzen. Es umfasst sowohl die Einschätzung zu einzelnen Themenfeldern, als auch das generelle Vertrauen in journalistische Institutionen. In einer demokratischen Gesellschaft ist dieses Vertrauen in Medien von grundlegender Bedeutung, weil es darüber entscheidet, ob Medien ihre grundlegende Funktion als vierte Gewalt – also als Kontrollinstanz gegenüber politischer Macht – wirksam erfüllen können. Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger informierte Entscheidungen treffen, sich politisch beteiligen und Machtmissbrauch erkennen und sanktionieren können. Dafür braucht es eine Öffentlichkeit, in der Informationen frei zirkulieren und als glaubwürdig anerkannt werden. Zwar gibt es in einer modernen Gesellschaft andere Methoden um an zuverlässige Informationen zu gelangen als über den ÖRR, Private Sender und die Presse, das individuelle Erlangen dieser Informationen ist aber zeitaufwändig, benötigt intensive Ressourcen, und ist für jede individuelle Information die im Alltag benötigt wird nicht realistisch. Deshalb geben Bürger Medien einen „Vertrauensvorschuss“, dahingehend, dass sie sorgfältig recherchieren und sachlich angemessen berichten, und unter allen Geschehnissen diejenigen auswählt, die für die Gesellschaft bedeutsam sind. Es wird von Medien, die dieser Rolle gerecht werden wollen, auch erwartet, dass sie eine unabhängige und sorgfältig arbeitende Instanz sind, die nicht nur wichtige von unwichtigen, sondern auch richtige von falschen und gute von schlechten Informationen unterscheidet – mithin Fakten von Propaganda. Bürgerinnen und Bürger dann ein Risiko ein, wenn sie nicht überprüfbare Informationen aus Medienhand als Basis ihres Handelns verwenden. Dann besteht das Risiko, dass sie auf Basis falscher Informationen falsche oder schlechte Entscheidungen treffen. Ohne Vertrauen in Medien entsteht ein Informationsdefizit, dass es wahrscheinlicher macht, dass Menschen ihre Informationen aus alternativen, womöglich weniger akkuraten oder gut gesonnenen Quellen erhalten, als es der ÖRR in Deutschland sein sollte. Medienvertrauen spielt vor allem eine entscheidende Rolle wenn es um Informations-, Bildungs- und Nachrichtensendungen geht. Bei der Nutzung von Unterhaltungsangeboten wie TV-Shows oder Kinofilmen sind persönliche Geschmackspräferenzen und der Anspruch ausschlaggebend, gut unterhalten zu werden. Enttäuschungen haben hier weniger schwerwiegende gesellschaftliche Konsequenzen als im Fall falscher oder unzureichender Informationen, die Menschen möglicherweise zur Grundlage ihrer politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen machen²⁷

I

²⁶ Binkert2024

²⁷ Viehmann2023

Das Phänomen Medienvertrauen in einen größeren institutionellen Zusammenhang stellen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft hängt davon ab, ob ihre Institutionen inklusiv organisiert sind. Inklusive Institutionen ermöglichen breite Teilhabe, sichern Rechte, fördern Innovation und werden von einer aktiven Öffentlichkeit begleitet, die Fehlentwicklungen sichtbar macht.²⁸ Medien spielen in diesem Gefüge eine zentrale Rolle. Sie sind Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft, Informationslieferanten und ein Forum für öffentliche Debatten. Wenn Medien unabhängig berichten können und Vertrauen genießen, tragen sie zur Stabilität und Weiterentwicklung inklusiver Institutionen bei. Ist das Vertrauen jedoch zerstört etwa durch politische Einflussnahme, wirtschaftliche Abhängigkeiten oder gezielte Desinformation sinkt die Fähigkeit der Medien, ihre demokratische Funktion zu erfüllen. Demzufolge ist Medienvertrauen somit nicht nur eine Frage individueller Einstellung, sondern ein Seismograph für die Qualität demokratischer Institutionen insgesamt. Diese Beobachtung deckt sich mit einem Zusammenhang, der in allen zu diesem Thema hier beleuchteten Studien, die sich damit beschäftigt haben, beobachtet wurde: Menschen die demokratischen und staatlichen Institutionen in Deutschland insgesamt vertrauen, haben auch ein deutlich erhöhtes Medienvertrauen.²⁹ Die beste Voraussage darüber, wie sehr ein Mensch Medien vertraut, ist das interpersonale Vertrauen, also wie sehr ein Mensch davon ausgeht seinen Mitmenschen grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen zu können und dass die meisten Menschen gute Absichten haben. Daraus schlussfolgern die Autoren der Mainzer Langzeitstudie, dass Medienvertrauen auch Vertrauen in die Personen ist, die die Medien repräsentieren, oder die sie aus den Medien kennen. Das heißt allerdings nicht, dass Medienvertrauen nicht entstehen oder verschwinden kann. Eine gute Illustration für die Entstehung von neuem Medienvertrauen und dessen Nebeneffekten ist die Entwicklung in der Covid19 Pandemie. Am Ende des Jahres 2020 erreichte das Medienvertrauen in Deutschland seinen bisherigen Höchstwert. Die von der Pandemie verursachte Unsicherheit führte zu einem gesteigerten Informationsbedürfnis, dass das Medienpublikum anscheinend in Krisenzeiten am liebsten mit bewährten und etablierten Medien befriedigt, da diese mit ihren Ressourcen und Netzwerken gut in der Lage sind, komplexe Sachverhalten schnell zu recherchieren, sie redaktionell leicht verständlich aufzuarbeiten und zu vermitteln. Interessanterweise änderte dieses neu hinzugewonnene Publikum mitunter seine Ansichten zu anderen Themen, von denen etablierte Medien berichten. So schätzten Ende 2020 deutlich mehr Menschen die Berichterstattung zu den Themen Islam und Klima als vertrauenswürdig ein, als noch vor der Pandemie.³⁰ Es gäbe also eine Antwort auf die drängende Frage, wie man eingefleischte Gegnerinnen und Gegner der etablierten Medien zurückgewinnen kann: in Zeiten, in denen unabhängige und zuverlässige Berichterstattung gefragt ist, liefern, Erwartungen erfüllen oder sogar übertreffen, und durch diese wiederholten positiven Erfahrungen Medienver-

²⁸ Robinson2013

²⁹ Brandenburg2025

³⁰ Viehmann2023

trauen aufbauen.³¹ Diese Erwartung besteht auch in großen Teilen der Bevölkerung. 86% glauben z.B. dass das ZDF eine verlässliche Informationsquelle in Krisenzeiten sein sollte, und dass es Menschen dabei unterstützen soll, zwischen verlässlichen und gefälschten Informationen unterscheiden zu können (85 %). Allerdings glauben nur (53%) dass es das gegenwärtig auch tue.³²

2.3 Tatsächliche Wahrnehmung

Menschen, die den ÖRR mehr nutzen, fühlen sich besser von ihm repräsentiert, und darüberhinaus auch besser in der Gesellschaft integriert.³³ Insgesamt nutzten das Fernsehangebot des ÖRR in Deutschland laut einer repräsentativen Umfrage des FGZ-Standorts Hamburg immerhin 83,5 Prozent der Befragten; 58,5 Prozent der Befragten schalteten es sogar täglich oder **mehrmals täglich** ein.³⁴ 5% nutzen das Onlineangebot des ÖRR als Hauptinformationsquelle. Zwar geben diese Zahlen Anlass zum Glauben an ein auch künftig stabiles Vertrauen, aber der Altersdurchschnitt derer die den ÖRR aktiv konsumieren, ist mit 57-61 Jahren etwa 10 Jahre älter, als die Durchschnittsbevölkerung. Diese Überalterung und der enge Zusammenhang zwischen Konsum und Vertrauen lässt befürchten, dass in der Zukunft durch die demographischen Veränderungen in der Bevölkerung entstehen könnte. Tatsächlich zeigt die WDR Studie zur Glaubwürdigkeit, dass ältere Menschen (65+) den ÖRR auch etwas glaubwürdiger finden als junge Menschen (18-34), allerdings ist der Unterschied nicht dramatisch (58% vs 49%).³⁵

Das Medienvertrauen in den ÖRR in Deutschland ist, entgegen dem was die energisch geführte Debatte in der Öffentlichkeit vermuten lässt, relativ hoch. Die aktuellste Ausgabe der Mainzer Langzeitstudie für die zwischen 4. November und 7. Dezember 2024 bundesweit 1.203 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in einer repräsentativen Telefonumfrage befragt wurden, befand den ÖRR als das Medium in Deutschland, dem am meisten vertraut wurde. 61 Prozent der Deutschen sagten, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen eher oder sehr vertrauenswürdig war. Das Vertrauensniveau lag jedoch deutlich unter dem Wert während der Covid-19-Pandemie (70 %) oder des Vorpandemiejahrs 2019 (67 %). Gegenüber dem Vorjahr 2023 verlor der öffentlich-rechtliche Rundfunk 3 Prozentpunkte beim Vertrauen und lag damit auf dem bisherigen Tiefstwert seit Beginn der Erhebung. Das Vertrauen in Medien insgesamt war am höchsten bei Menschen mit Sympathien für die Grünen (71 %), die Linke (71 %) und die SPD (60 %). Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU (48 %) und FDP (42 %) liegen im Mittelfeld, während Personen mit einer Parteineigung für BSW (27 %) und die AfD (15 %) ein geringes Vertrauen in die Medien

³¹ Viehmann2023

³² Hasebrink2025

³³ Stegmann2024

³⁴ Hasebrink2025

³⁵ Dimap2025

aufwiesen.³⁶ In der aktuellen WDR Studie zur Glaubwürdigkeit empfanden immerhin 65% den ÖRR als Glaubwürdig. Dabei war das Vertrauen in die Radioprogramme höher als ins Fernsehen (65% vs 69%). Die Online Angebote des ÖRR erzielten das geringste Vertrauen unter den ÖRR Angeboten (55%).³⁷ Im weiteren Sinne betrachtet, ist das Vertrauen in Online Angebote, und insbesondere in Social Media Angebote aber besonders gering. Sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und X vertrauen nur 3 Prozent. Sagten im Jahr 2023 noch 27 Prozent der Befragten sagten, dass man den Netzwerken zumindest teilweise vertrauen könne, waren es im aktuellsten Erhebungsjahr nur 22 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Befragten, die den Netzwerken überhaupt nicht vertrauen, um 6 Prozentpunkte auf 57 Prozent. Die Autoren der Studie machen dafür anhaltende öffentliche Debatten über mögliche und tatsächliche politische Manipulationsversuche in diesen Netzwerken sowie die Täuschungsmöglichkeiten durch generative Künstliche Intelligenz verantwortlich. Es zeigt sich auch ein gewisses Differenzierungsvermögen bei den Zuschauern. Während alle Studien ein insgesamt recht hohen Medienvertrauen und hohe Glaubwürdigkeit zeigen, vertrauen Medienkonsumenten bei einzelnen Themen selektiv deutlich weniger. So befanden die Berichterstattung zum Thema „Gaza“ grade mal 27% als teilweise oder überwiegend glaubwürdig, während weitere 27% bei diesem Thema gar kein Vertrauen schenkten. Immerhin 40% vertrauten der Berichterstattung zum Thema „Russischer Angriffskrieg auf die Ukraine“.³⁸ Bei solch kontroversen und polarisierenden Themen wie auch „Kriminalität bei Geflüchteten“ werden die Medien oft gleich von zwei Seiten des politischen Spektrums kritisiert. Die einen vertrauen möglicherweise deshalb weniger, weil sie den Eindruck haben, das wahre Ausmaß der Kriminalität werde von den Medien nicht abgebildet, letztlich also heruntergespielt; die anderen sind misstrauisch, weil sie den Eindruck haben, die Kriminalität werde in den Medien übertrieben dargestellt, also aufgebauscht, und unnötigerweise werde ein Zusammenhang zur ethnisch-kulturellen Herkunft der Tatverdächtigen hergestellt. Diese kontroversen Themenfelder bieten auch immer ein hohes Risiko des Verlustes von Medienvertrauen, da Menschen, denen ein Thema besonders wichtig ist, bei Enttäuschung der Erwartungen an die Berichterstattung zu diesem Thema, schnell ihr gesamtes Vertrauen in ein Medium verlieren.³⁹ Etwa jeder fünfte Deutsche findet zur Themenauswahl der Deutschen Medien insgesamt, dass diese persönlich relevanten Themen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nähmen und dass die in den Medien vertretenen Meinungen stark von den individuellen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger abwichen. Die Hälfte der Deutschen glaubt der Journalismus sei „in den letzten Jahren schlechter geworden“, nur 10% glauben das Gegenteil.⁴⁰ 34 Prozent der Befragten waren zudem der Meinung, dass es eine Diskrepanz zwischen den tatsäch-

³⁶ Brandenburg2025

³⁷ Dimap2025

³⁸ Brandenburg2025

³⁹ Viehmann2023

⁴⁰ Steinbrecher2024

lich erlebten gesellschaftlichen Zuständen und deren Darstellung in den Medien gäbe. Im aktuellen Befragungszeitraum, zeigen mehrere Studien eine Zunahme an „Medienzynismus“. Davon spricht man, wenn Menschen Medien nicht nur wenig vertrauen, sondern ihnen sogar konspirative Merkmale, unlautere Motive und manipulative Arbeitsweise unterstellen. Dazu zählen z.B. Aussagen wie: „Die Bevölkerung wird von den Medien systematisch belogen“. Dieser Aussage stimmte 2024 jeder 5. Deutsche zu. Zwei Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 14 Prozent. Die Zustimmung zur Aussage „Die Medien untergraben die Meinungsfreiheit in Deutschland“ stieg um 5% auf 20% . Nur noch die Hälfte der Deutschen lehnte die Aussage ab, dass in Deutschland Politik und Medien Hand in Hand arbeiteten, um die Bevölkerungsmeinung zu manipulieren. Im Vorjahr taten das noch 5% weniger.⁴¹ Medienschaffende wurden als Elite wahrgenommen, als eine Gruppe von Menschen, die in ihrer politischen Haltung, in ihren demografischen Eigenschaften und in ihrem kulturellen Habitus homogen sein, und mehr mit anderen Eliten als mit der Durchschnittsbevölkerung gemein hätten. Dabei würden sie stark mit anderen Eliten wie der Politik interagieren und weniger mit ihrer eigentlichen Zielgruppe, den Rezipientinnen und Rezipienten.⁴²

2.4 Politische Tendenziös?

Zwei Drittel der Deutschen glauben, dass Journalisten in ihrer Berichterstattung Positionen der Partei übernehmen, der sie nahestehen. Insbesondere eine nicht repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2020, der zufolge über 90 Prozent der befragten ARD-Volontäre bei der nächsten Bundestagswahl die Grünen, die SPD oder die Linkspartei wählen wollten, wird immer wieder herangezogen, um diese Kritik zu stützen.⁴³ Tatsächlich standen immerhin 41% der deutschen Journalisten in einer Befragung 2024 den Grünen nahe, 16% der SPD und fast keiner der AfD. Das steht in Kontrast zur ermittelten Parteinähe der Gesamtbevölkerung zum selben Zeitpunkt in der Studie. Dort standen 19% den Grünen nahe, 17% der SPD und 10% der AfD.⁴⁴ In Anbetracht dieser Zahlen liegt also die Vermutung nahe, dass die Wahrnehmung der Medienkonsumenten der Wahrheit entspricht, und die gefühlte tendenziöse Berichterstattung aus der Differenz in der Parteinähe entspringt. Wie sehr die Berichterstattung des ÖRR im Vergleich zu anderen deutschen Medien tatsächlich politisch tendenziös ist, haben Maurer et al. 2023 untersucht, indem sie eine quantitative Inhaltsanalyse der Politik-Berichterstattung von 9 öffentlich-rechtlichen Medienformaten und 38 privatwirtschaftlich organisierten Medien durchgeführt haben. Darin untersuchten sie wie positiv und negativ welche Parteien darin präsentiert wurden. Darüberhinaus wurde die Themenvielfalt untersucht. Die Bewertung der Parteien war sowohl in den öffentlich-rechtlichen als auch den privatwirtschaftlichen Vergleichsmedien überwiegend

⁴¹ Brandenburg2025

⁴² Viehmann2023

⁴³ Maurer2024

⁴⁴ Steinbrecher2024

negativ. Unterschiede zeigten sich im Ausmaß negativer Bewertungen. Bei einem Vergleich der Menge an negativen und positiven Beiträgen zeigte sich, dass die untersuchten öffentlich-rechtlichen Formate die SPD und die Grünen tatsächlich deutlich weniger negativ bewertet als die Vergleichsmedien (SPD -3% vs -21%, Die Grünen -27% vs -45%). Vergleicht man Regierungs- und Oppositionsparteien kumuliert, zeigt sich, dass die drei Regierungsparteien in den öffentlich-rechtlichen Formaten insgesamt deutlich weniger negativ dargestellt wurden als die drei Oppositionsparteien (-19% vs -43%), wohingegen die Vergleichsmedien diesen Unterschied nur minimal aufwiesen (-34% vs. -38%). Die AfD wurden im ÖRR zwar am negativsten aller Parteien bewertet, kam aber deutlich besser davon, als in den Vergleichsmedien (-78% vs -86%). Über die Linke gab es gar keine positiven Beiträge im ÖRR, somit fiel die Gesamtbewertung mit -43% auch deutlich negativer aus, als in den Vergleichsmedien (-15%). Bei der Themenanalyse des ÖRR dominierte Wirtschaft/Arbeit und schwankte bei den einzelnen Formaten zwischen 25% und 34%. Der Deutschlandfunk und die beiden Hauptnachrichtensendungen Tagesschau und heute wiesen einen relativ großen Anteil an außenpolitischen Nachrichten auf. Das Themenfeld Kultur/Bildung kam mit 4% im ÖRR noch einen Prozentpunkt seltener vor als in den Vergleichsmedien. Auch über Umwelt und Klima berichteten die Vergleichsmedien mehr (7% vs 8%).⁴⁵ Insgesamt lässt sich also sagen, dass der ÖRR tatsächlich weniger negativ über SPD und Die Grünen berichtet, als die private Nachrichtenwirtschaft, dabei aber immer noch sehr negativ berichtet. Besorgniserregend ist darüberhinaus, dass der ÖRR trotz seines konkreten Auftrags und seiner finanziellen Unabhängigkeit genau die selbe Themenlandschaft und behandelt wie die Privatmedien und dem Thema Kultur und Bildung sogar etwas weniger Aufmerksamkeit schenkt. Immerhin wünschen sich 83% der Deutschen, dass der ÖRR die Deutsche Kultur in ihrer gesamten Breite abbilden solle.⁴⁶

Die Studie „Die Talkshow Gesellschaft von Paulina Fröhlich und Johannes Hillje liefert einen spannenden Einblick in die Gründe warum 50% der Deutschen an einen großen Einfluss der Politik auf die Medien, 39% an eine Abhängigkeit der Medien von „Mächtigen“ aus der Politik, und immerhin 31% an einen „Kontaktverlust“ zu Menschen wie ihnen glauben könnten. In ihr wurde untersucht, wer im Format Talkshow, für wen spricht.⁴⁷ Der Journalist Fabian Goldmann hatte die Gäste von Anne Will, hart aber fair, Maischberger und Maybrit Illner aus dem Jahr 2019 schon entlang einer Reihe soziodemographischer Merkmale untersucht und war zu dem Schluss gekommen, dass die Gästelisten die Diversität der Gesellschaft nur unzureichend abbilden. Im Gegensatz zur Gesamtgesellschaft waren seinen Zahlen zufolge 38% der Talkshowgäste Frauen, 5% MigrantInnen, 12% Ostdeutsche und 6% „People of Color“. Möchte man die Abbildung gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in Talkshows untersuchen, stellt sich allerdings nicht nur die Frage „Wer spricht?“, sondern vor allem: „Wer spricht für wen?“.

⁴⁵ Maurer2024

⁴⁶ Hasebrink2025

⁴⁷ Steinbrecher2024

Den Untersuchungen der Studie zufolge waren 42,6 Prozent der Gäste in den Talkshows VertreterInnen von Parteien. 22,9 Prozent stammten aus dem Journalismus. Zusammen genommen kamen damit 65,5 Prozent der Gäste in den wichtigsten vier Polit-Talkshows aus Politik und Medien. Die Anteile von Gästen aus anderen gesellschaftlichen Bereiche fielen deutlich geringer aus: 8,8 Prozent der Gäste kommen aus der Wissenschaft; 6,4 Prozent aus der Wirtschaft; 2,8 Prozent aus dem Kulturbereich und 2,7 Prozent aus der organisierten Zivilgesellschaft. Nur 1,4% der Gäste kam aus dem Bereich Soziales, 0,7% aus der Religion, und 0,1% aus der Bildung. Aber bei genauerer Betrachtung zeigten sich noch mehr Repräsentationsprobleme 70 % der PolitikerInnen kamen von der Bundesebene. Gemessen an der hohen Bedeutung der europapolitischen Ebene – fast jedes zweite Gesetz in Deutschland geht auf einen Impuls aus Brüssel zurück – sind PolitikerInnen aus EU-Institutionen sehr selten in Talkshowgäste. Sie machen nur 7,3 Prozent der Gäste aus der Politik aus. Aber auch die Repräsentation der „Wirtschaft“ war verzerrt. In acht von zehn Fällen wurde die Wirtschaft durch die Unternehmerseite repräsentiert. 46% der Gäste aus der Wirtschaft waren VertreterInnen von Unternehmen, 27% kamen aus Branchenverbänden. Nur 8% kamen aus Gewerkschaften und 9% Prozent von Verbraucher- und Konsumentenorganisationen. Ironischerweise sind die Vertrauensverhältnisse der Bürger zu diesen Institutionen quasi invertiert. 56% der Deutschen haben sehr großes oder großes Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen. Dahinter liegen Gewerkschaften mit einem Vertrauenszuspruch von 53%. Großen Unternehmen und Arbeitgeberverbänden vertrauen nur 29 Prozent.⁴⁸ Den Arbeitgebern der größten Gruppe von Talkshowgästen, den politischen Parteien, schenken 2024 grade mal 8% der Deutschen großes Vertrauen.⁴⁹

2.5 Geringes Wissen über Journalismus korreliert mit geringem Medienvertrauen

Menschen, die mehr über den Journalismus wissen, mehrheitlich zu der Gruppe, die den etablierten Medien im Großen und Ganzen vertraut. Allerdings waren in der Mainzer Langzeitstudie nur 60 Prozent der Befragten waren über Verpflichtung zur Sorgfalt und Wahrheit im Bilde. Grundwissen über die professionellen Regeln und Arbeitsweisen der JournalistInnen ist laut den Autoren der Studie jedoch unerlässlich, um die Leistungen der Berichterstattung angemessen einschätzen zu können. Wie sich bei Befragungen gezeigt hat, kennt zwar eine Mehrheit wichtige Grundlagen und Prinzipien des Journalismus in Deutschland, ein nennenswerter Bevölkerungsanteil ist jedoch unsicher oder hat falsche Vorstellungen. Annähernd die Hälfte der Befragten antwortete entweder mit „weiß nicht“ oder falsch auf die Frage, ob Journalistinnen und Journalisten ohne gesetzliche Schranken berichten dürften, was sie wollten. Auf der anderen Seite zeigten sich 11 Prozent davon überzeugt, dass Journalistinnen und Journalisten jeden Beitrag, den sie veröffentlichen, vorher von Behörden prüfen lassen müssen. Weitere 10 Prozent wussten nicht, ob dies stimme oder nicht. Jeder vierte Befragte war nicht richtig darüber informiert, dass der Be-

⁴⁸ Froehlich2020

⁴⁹ Steinbrecher2024

rufszugang im Journalismus frei ist und der Staat nicht prüfen und entscheiden darf, ob jemand diesen Beruf ausüben kann. Mehr als jede beziehungsweise jeder Fünfte konnte die grundrechtlich definierte Ausgangslage journalistischen Arbeitens in Deutschland nicht korrekt erfassen.⁵⁰

3. Einflussmöglichkeiten auf den ÖRR



Gruppenbild der Mitglieder der Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD vom 08.04.2025

3.1 Beratung bei der Programmherstellung

Offiziell kontrollieren den ÖRR in Deutschland die Rundfunkräte (ARD), der Fernsehrat (ZDF), und der Hörfunkrat (DLF). Trotz der verschiedenen Begrifflichkeiten bezeichnen sie alle ungefähr das selbe. Jede Rundfunkanstalt (NDR, SWR, ...) hat ihren eignen Rat, dessen konkrete Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Landesstaatsverträgen von der Politik des Bundeslandes geregelt wird.⁵¹ Die Aufgabe dieser Gremien umfassen die Überwachung der Einhaltung des gesetzlichen Sendeauftrags, die Garantie des vom Gesetzgeber erdachten „Vielfaltssicherungskonzepts“, das die Offenheit des Zugangs zum Programm der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten für verschiedene gesellschaftlich relevante Gruppen sichern soll, und während der jeweilige Rundfunkrat zwar offiziell keinen Einfluss auf die Programmgestaltung hat sondern nur „berät“, da dies Aufgabe des Intendanten sei, wählt er diesen Intendanten auch selbst aus und wieder ab. Darüberhinaus wählt der jeweilige Rundfunkrat noch den Verwaltungsrat, ein weiteres Kontrollgremium,

⁵⁰ Viehmann2023

⁵¹ mediendiversitaet.de

dessen Aufgaben vor allem aus Haushaltsfragen bestehen, aber auch die Ernennung mächtiger Mitglieder in der Steuerung des Programms, etwa der Position der „Programmdirektorin“, beinhalten. Im Beispiel des ZDF bestimmt der „Fernsehrat“ (der ZDF Begriff für „Rundfunkrat“) allerdings nur zwei Drittel der Mitglieder dieses Verwaltungsrates. Die anderen vier werden „von den Bundesländern berufen“. ⁵² Die Verschiedenen Rundfunkräte unterscheiden sich mitunter massive in Budget, Zusammensetzung und Größe. ⁵³ Allerdings entstehen alle von ihnen auf die selbe Weise: verschiedene Organisationen, darunter Fraktionen, Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Wirtschafts- und Sozialverbände, Kirchen, Frauen- oder Jugendorganisationen, werden ermächtigt, Mitglieder zu entsenden. Die Mitglieder der Aufsichtsgremien werden nicht gewählt, sondern von den bestimmten Parteien und Verbänden selbstständig entsannt. Die Mitglieder der Räte sollen offiziell allerdings keine Interessenvertreter dieser Organisationen sein, sondern lediglich deren Repräsentanten. Rechtlich sind sie nur ihrem Gewissen und dem Gesetz unterworfen und an Weisungen ihrer entsendenden Organisationen nicht gebunden. Nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind sie „Sachwalter des Interesses der Allgemeinheit“ (BVerfGE 83, 238, 333) und „höchstes Organ der Anstalt“ (BVerfGE 31, 314, 328). ⁵⁴ Damit ist garantiert, dass der ÖRR eben kein „Staatsfunk“ ist. Soweit die Theorie. Tatsächlich aber entstehen die Rundfunkräte allerdings eben nicht aus der Zivilgesellschaft heraus, sondern sind von der Politik erdacht und rechtlich geregelt. Die Politik hat diese Strukturen geschaffen, kann diese ändern oder durch etwas ganz Neues ersetzen. ⁵⁵ Die Zuschauer haben keinerlei Einfluss darauf wer sie in den Rundfunkräten repräsentiert. Der „Gebührenzahler“ als solcher hat keinen einzigen Sitz im Rundfunkrat. ⁵⁶ 2022 sah die Repräsentation der Bürger in den Rundfunkräten insgesamt so aus: in den zwölf Rundfunkräten saßen genauso viele Interessenvertreter*innen von Bauern und Bäuerinnen (weniger als 1 Prozent der Bevölkerung), wie von Menschen mit Migrationshintergrund (mehr als 27 Prozent der Bevölkerung). Die Gruppe der „Heimatvertriebenen“ (Menschen die vor 1938 ihren Wohnsitz in den „Ostgebieten“, dem „Sudetenland“ und „alten Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa“ hatten, vertrieben wurden und bis 1993 im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden ⁵⁷) brachte es auf mehr Sitze als alle muslimische Organisationen zusammen. Mehr Über-80-Jährige überwachten das öffentlich-rechtliche Programm, als Unter-30-Jährige. ⁵⁸ Diese Zahlen werden allerdings noch dadurch geschönt, dass die Räte mancher Rundfunkanstalten deutlich diverser und repräsentativer sind

⁵² ZDF

⁵³ Stawowy2025

⁵⁴ WissenschaftlicheDienste2008

⁵⁵ Rieg2025

⁵⁶ openPRRedaktion2024

⁵⁷ Bundesinnenministerium

⁵⁸ Goldmann2022

als andere. Stand 2022 stellte der Bayerische Rundfunk ein besonders gutes Negativbeispiel dar. Staatliche und staatsnahe Personen stellten die größte Gruppe in dessen Rundfunkrat (12x Landtag, 3x Kommunen, 1x Staatsregierung). Auch die Kirchenvertreter waren mit 10% deutlich überrepräsentiert. Eine einzige Person war unter 40.⁵⁹ Obgleich manche Rundfunkräte weniger monolithisch erscheinen, als der des BR, ihrem Anspruch, die Vielfalt der Gesellschaft zu repräsentieren, werden die öffentlich-rechtlichen Kontrollgremien definitiv nicht gerecht. Aber nicht nur deshalb haben Mediennutzerinnen und -nutzer in Deutschland kein probates Mitspracherecht bei der Programmgestaltung. Direkte Beteiligung an der Programmentwicklung ist gesetzlich sowieso nicht vorgesehen.⁶⁰ Was die Zuschauer können, ist ihre Meinung über vorgesehene Kanäle zu äußern: So unterhält die ARD beispielsweise eine „Zuschauerredaktion“, der man schreiben kann, während das ZDF Kontaktmöglichkeiten und Services für Anregungen und Kritik, bzw. „Programmbeschwerden“ bietet.⁶¹ Daneben weist es in seiner Netiquette direkt auch darauf hin, dass Beschwerden ohne „höfliche und angemessene Formulierung“ ohne Rücksicht auf Kontext gelöscht werden.⁶² Ein weiteres Mittel des Einflusses, den Zuschauer auf das Programm nehmen können, ist streitbarerweise die „Quote“. Nicht nur bei den privaten Anbietern wird die Quote stark beachtet, sondern auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen werden Sendungen dann abgesetzt oder geschrumpft, wenn sie die gewünschten Zuhörer- bzw. Zuschauerzahlen nicht erreichen.⁶³ Hier könnte man einen Konflikt mit dem Auftrag und der Rolle des ÖRR im dualen Mediensystem sehen, da seine Stärke eigentlich auch darin besteht, nicht auf Quoten angewiesen zu sein, sondern eben die Formate und Interessen zu bedienen, die im kommerziell orientierten Teil des Mediensystem eben nicht bedient werden können.

Zusammengefasst gibt es rechtlich also einen großen rechtlich geregelten Apparat zur Kontrolle und Programmsteuerung des ÖRR. Allerdings haben Zuschauer und Gebührenzahler selbst keine Kontrolle in diesem System. Politiker bestimmen wer in den Rundfunkräten sitzt und und ÖRR dabei beaufsichtigt, sie, die Politik, zu kontrollieren. Die Kontrollmöglichkeiten derer, denen der ÖRR eigentlich dienen soll, den BeitragszahlerInnen, beschränken sich im Kern auf „Leserbriefe“. Das erscheint in Betrachtung der in der Grundidee des ÖRR verankerten „Staatsferne“, sowie der Kontrollfunktion gegenüber der Politik, die dem ÖRR anvertraut ist, absurd.

3.2 Politische Einflussnahme

Die Betrachtung der Struktur dieser Kontrollorgane lässt verschiedene Schlüsse zu. Bestenfalls repräsentieren in den Rundfunkräten ein zugegebenermaßen recht undiverses,

⁵⁹ Goldmann2022a

⁶⁰ WissenschaftlicheDienste2008

⁶¹ ARD2024a

⁶² ZDF2025

⁶³ WissenschaftlicheDienste2008

überaltertes, größtenteils aus Parteivertretern bestehendes Grüppchen von Menschen, die Interessen der Deutschen Medienkonsumenten immer noch recht akkurat. Schlimmstenfalls nehmen die Mitglieder der Gremien skrupellos die Interessen ihrer Organisationen und Parteien ein, manipulieren die Berichterstattung und am Vorwurf „Staatsfunk“ ist doch tatsächlich etwas dran. Der Blick in die Vergangenheit zeigt einige besorgniserregende Fälle, allerdings auch rechtliche Konsequenzen. 2009 sprach der damalige Chefredakteur der SPD-Parteizeitung *Vorwärts* Uwe-Karsten Heye von einer drohenden „Berlusconisierung des Landes“. Grund dafür: Der ZDF Verwaltungsrat verweigerte seinem Chefredakteur Nikolaus Brender die Wiederwahl. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats damals: 5 Vertreter der SPD, 9 Vertreter der CDU.⁶⁴ WDR-Intendant Fritz Pleitgen sprach ihm damals „einen hervorragenden Ruf“, „Unabhängigkeit“, „Leidenschaft“, „Kompetenz“, „Streitlust“ und „Wahrhaftigkeit“ zu.⁶⁵ Eigenschaften, die durchaus geeignet für die Rolle eines ZDF Chefredakteurs klingen mögen. Andere stellten sich ebenfalls an die Seite Brenders - von der "FAZ" über die "Welt" und die "Süddeutsche" bis hin zum "Handelsblatt" und der "Zeit" hatten deutsche Zeitungen dem Chefredakteur beste Eigenschaften für die Rolle als ZDF Chefredakteur bescheinigt. Auch der damalige ZDF Intendant Markus Schächter wollte seinen Vertrag verlängern.⁶⁶ Warum haben ihm die CDU Vertreter im Verwaltungsrat die Rolle trotzdem verweigert? Der Publizist Uwe Kammann nannte das Verhalten der CDU Mitglieder im ZDF Verwaltungsrat damals „ein klares Machtexempel“. Die Union habe zeigen wollen „wo der Hammer hängt“.⁶⁷ Recherchen des Spiegels verwiesen schon Monate vor der Entscheidung auf das was kommen würde. Die CDU Spitze hielt Brender demnach für „unberechenbar“ und „undiplomatisch“. Dem Bericht zufolge hatte auch Brenders Vorstoß, wonach Wünsche und Kritik von Politikern künftig schriftlich statt am Telefon geäußert werden müssten, um Versuche der Einflussnahme der Politik auf öffentlich-rechtliche Programm-Macher dokumentierbar zu machen, für Unzufriedenheit in der CDU Spitze gesorgt. Demnach machte Angela Merkel persönlich damals Druck um Brender „loszuwerden“.⁶⁸ Der damalige CDU Ministerpräsident und stellvertretender Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrats Roland Koch hatte schon im Vorfeld der Entscheidung seines Gremiums öffentlich mit falschen Tatsachen versucht Stimmung gegen Brender zu machen.⁶⁹ Aber es gab auch rechtliche Konsequenzen aus dem „Fall Brender“. Wegen dieser Vorgänge reichte die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht ein.⁷⁰ Daraufhin erklärte dieses 2014 Teile des ZDF Staatsvertrags für verfassungswidrig. Fernseh- und

⁶⁴ Huber2012

⁶⁵ GespraechmitDirkOliverHeckmann2010

⁶⁶ Spiegel2009

⁶⁷ GespraechmitDirkOliverHeckmann2010

⁶⁸ Spiegel2009

⁶⁹ Doerting2009

⁷⁰ Sterz2024

Verwaltungsrat seien nicht „staatsfern“ genug, hieß es damals von Seiten des Gerichtes. Die Menge an „staatsnahen“ Vertretern in allen Aufsichtsgremien des ÖRR wurden daraufhin im Urteil auf ein Drittel beschränkt.⁷¹

Ob dieses Urteil und die folgenden Umstrukturierungen die Probleme der Aufsichtsgremien tatsächlich beseitigen konnte, untersuchte die Otto Brenner Stiftung 10 Jahre nach dem Urteil indem sie Informationen über alle 772 Mitglieder der Rundfunk- und Verwaltungsräte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland analysierte. Das Ergebnis: Der politische Einfluss in den Gremien des ÖRR reicht weit über die maximale gesetzlich vorgeschriebene Präsenz hinaus. Die Mitglieder der Gremien sind zwar tatsächlich nur noch maximal zu einem Drittel mit Menschen besetzt, die ein staatliches oder staatsnahes Amt innehaben, allerdings sind deutlich mehr Mitglieder der Gremien auch Mitglied in einer politischen Partei. So war für 83% der Mitglieder des ZDF Aufsichtsrats, sowie 53% der ZDF Rundfunkräte eine Parteizugehörigkeit nachzuweisen. Insgesamt sind immerhin 41% aller Rundfunkratsmitglieder auch Mitglied einer Partei.⁷² Zum Vergleich nur 1,4% der Deutschen insgesamt sind Mitglied in einer Partei.⁷³ Im besonders wichtigen Verwaltungsrat des ZDF sind vier von zwölf Mitgliedern amtierende Ministerpräsidentinnen und -präsidenten. Zudem gibt es in den Gremien sogenannte „Freundeskreise“. Diese informellen Gruppen sind aufgeteilt in SPD-nah und Unions-nah und treffen sich außerhalb der offiziellen Sitzungen, um dort vorab schon mögliche Personalien abzusprechen und -stimmen.⁷⁴ Aber der Parteipolitische Einfluss geht über die Mitglieder der Gremien hinaus. Die Rolle der ARD Programmdirektorin wird seit 2021 von Christine Strobl erfüllt. Sie ist seit Ende der 1980er Jahre CDU Mitglied, Tochter des ehemaligen Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesministers des Innern, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und CDU-Parteivorsitzendem Wolfgang Schäuble. Außerdem ist sie mit dem CDU Politiker und ehemaligem Innenminister Baden Württembergs Thomas Strobl verheiratet. Sie setzt auf weniger Informationen und Bildung, dafür mehr Unterhaltung. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen versuchte sie zum Ärger des Deutsche Journalisten-Verbandes die kritischen ARD Politmagazine „Kontraste“, „Monitor“ oder „Panorama“ zu beschneiden.⁷⁵

4 Rundfunkgebühren

KEF Wichtig

⁷¹ Fittkau2015

⁷² Stawowy2025

⁷³ Niedermayer2022

⁷⁴ Sterz2024

⁷⁵ Ehrenberg2021

Sender Verteilen Geld selbst

garantiert finanzielle Unabhängigkeit

wie viel Geld wird für Unterhaltung ausgegeben? Wie viel Geld für investigativen Journalismus

Die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien in Deutschland blickt auf eine lange Entwicklung zurück. Bereits in der Weimarer Republik wurde 1923 eine erste „Hörfunkgebühr“ eingeführt, um den Betrieb der damaligen Rundfunkanstalten zu sichern. Der Grundgedanke war schon damals, dass ein von wirtschaftlichen und politischen Interessen unabhängiger Rundfunk nur dann möglich sei, wenn er auch **finanziell autonom** organisiert ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg griffen die alliierten Besatzungsmächte dieses Prinzip wieder auf und etablierten in ihren Zonen öffentlich-rechtliche Anstalten, die sich über eine von den Nutzern zu zahlende Rundfunkgebühr finanzierten. Die Idee war klar: Eine freie, pluralistische Gesellschaft braucht eine mediale Öffentlichkeit, die nicht der Kontrolle von Staat oder Markt unterliegt.

Bis 2013 wurde die Finanzierung über eine geräteabhängige Gebühr organisiert – gezahlt wurde, wer ein Empfangsgerät wie Radio oder Fernseher besaß. Mit der Umstellung auf den heutigen **Rundfunkbeitrag** wurde die Logik verändert: Seither zahlt jede Wohnung pauschal, unabhängig von der tatsächlichen Nutzung. Dieser Paradigmenwechsel wurde politisch mit dem Argument begründet, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein **Grundversorgungsgut** sei – vergleichbar mit Wasser oder Elektrizität – und dass alle Bürgerinnen und Bürger von seiner Existenz profitieren, selbst wenn sie die Angebote nicht aktiv nutzen. Besonders betont wurde dabei der **Wert der Unabhängigkeit**: Der Beitrag ist nicht die Bezahlung für ein individuelles Medienpaket, sondern eine kollektive Investition in eine demokratische Infrastruktur. Es geht – so das Leitnarrativ – nicht um Unterhaltung auf Abruf, sondern um die **Sicherung einer freien Meinungsbildung** in einer komplexen Gesellschaft.

Doch wie wird dieser Beitrag konkret verteilt, und wer entscheidet darüber? Der Rundfunkbeitrag wird zentral durch den **Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio** eingezogen – häufig noch unter dem alten Begriff „GEZ“ bekannt. Die Einnahmen belaufen sich derzeit auf rund 8,5 Milliarden Euro pro Jahr (Stand: 2024) und werden nach einem festgelegten Schlüssel auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten verteilt. Die konkrete Verteilung und die Höhe des Beitrags selbst basieren nicht auf politischen Entscheidungen im engeren Sinne, sondern auf den Empfehlungen der **Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)**. Dieses unabhängige Expertengremium prüft alle vier Jahre den von den Rundfunkanstalten angemeldeten Finanzbedarf, bewertet die Angemessenheit der Ausgaben und unterbreitet Vorschläge zur Beitragshöhe. Die Länderparlamente übernehmen diese Empfehlungen in der Regel, wobei politische Debatten und öffentliche Kontroversen – insbesondere im Zusammenhang mit Beitragserhöhungen – regelmäßig für Spannungen sorgen.

Die KEF versteht sich als Garant für eine **bedarfsgerechte und staatsferne Finanzierung**, doch ihre Entscheidungen erfolgen weitgehend **ohne direkte Einbindung der Beitragszahler**. Die Frage, inwieweit sich die **Verteilung öffentlicher Mittel mit den Erwartungen und Interessen der Bevölkerung deckt**, bleibt offen – ebenso wie die Frage, ob der Beitrag tatsächlich als Instrument demokratischer Mitbestimmung verstanden werden kann.

5. Misinformation

Desinformation und Fehlinformation betreffen die Gesellschaft insgesamt und erfordern einen erweiterten Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR).

Der ÖRR kann aufgrund seines öffentlichen Auftrags eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Desinformation spielen. In der Literatur werden drei Ansätze in diesem Zusammenhang diskutiert: gezieltes Faktenchecken (z. B. Horowitz und Lowe, 2020; Horowitz et al., 2022; Kyriakidou und Cushion, 2021), die Förderung von Medienkompetenz (z. B. Horowitz et al., 2022) und der Aufbau robuster, genuiner Plattformen des ÖRR (z. B. Thomaß, 2020). Obwohl diese Ansätze Chancen bieten, zeigen sich auch Einschränkungen. So können beispielsweise ideologische Einstellungen die Wirksamkeit von Faktenchecks bei der Korrektur falscher Informationen beeinflussen (Nyhan und Reifler, 2010).

Damit der ÖRR diese Aufgabe effektiv übernehmen kann, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: (a) politische Unabhängigkeit, (b) hohes Vertrauen in unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft, (c) eine breite gesellschaftliche Reichweite sowie (d) ausreichende Ressourcen (vgl. auch Horowitz und Lowe, 2020: 181–182; Horowitz et al., 2022).

Drei Ansätze zur Bekämpfung von Fehlinformation und Desinformation

In diesem Abschnitt werden drei Ansätze vorgestellt, mit denen der ÖRR eine informierte Bevölkerung in Zeiten von Desinformation fördern kann. Möglicherweise ist dazu eine Anpassung oder Erweiterung seines Auftrags notwendig.

Faktencheck

Der erste Ansatz konzentriert sich auf das Faktenchecken als Verfahren zur Überprüfung der Richtigkeit und Wahrhaftigkeit etwa von Behauptungen oder Aussagen (Graves und Amazeen, 2019). Obwohl der ÖRR nicht die einzige Institution mit Kapazitäten oder Verantwortung für Faktenchecks ist, prädestinieren ihn sein öffentlicher Auftrag und seine Finanzierung dafür, Desinformation und Fehlinformation gezielt zu begegnen (Horowitz et al., 2022: 860). Voraussetzung ist jedoch, dass der ÖRR als unabhängig und glaubwürdig wahrgenommen wird, wie oben bereits ausgeführt.

Es existieren bereits zahlreiche Faktencheck-Initiativen des ÖRR. So war Channel 4's **FactCheck** in Großbritannien die erste politische Faktencheck-Initiative Europas. Sie begann als Blog zur Parlamentswahl 2005 und wurde 2010 zu einem festen Format ausgebaut (Kyriakidou und Cushion, 2021: 532; Graves und Cherubini, 2016: 6).

Ein weiteres Beispiel ist **Faktenfuchs** des Bayerischen Rundfunks (BR), einer regionalen ÖRR-Einrichtung in Deutschland. Der BR beschreibt seine Arbeit und Standards öffentlich ausführlich (vgl. BR, 2022) und adressiert unter anderem die Herausforderung der Themenauswahl. Faktenfuchs behandelt eine Vielzahl von Themen – darunter Politik, Umwelt, Medizin und gesellschaftliche Fragen. Die Auswahl der überprüften Themen ergibt sich aus verschiedenen Quellen: Social-Media-Plattformen, Kommentarspalten, der BR-Berichterstattung selbst oder aus Hinweisen der Social-Media-Redakteur*innen des Senders. Zudem kommen Softwaretools zum Einsatz, die das Internet nach potenziell re-

levanten Inhalten durchsuchen.

Faktenfuchs legt großen Wert auf Transparenz – etwa durch die Erläuterung seiner Thementauswahl. Dabei spielen Faktoren wie Dringlichkeit, Relevanz, Verbreitungsgrad, Überprüfbarkeit und vorhandene Ressourcen eine Rolle (BR, 2022).

Die Frage, ob der ÖRR Faktenchecks betreiben sollte, hängt auch von der Wirkung solcher Maßnahmen ab. Die Forschung zur Korrektur falscher Überzeugungen durch Faktenchecks zeigt gemischte Ergebnisse (vgl. systematische Übersicht von Nieminen und Rapeli, 2019). Dennoch belegen einige Studien, dass Faktenchecks durchaus zu einer Korrektur von Fehlwahrnehmungen führen können (z. B. Porter et al., 2017; Weeks, 2015; Weeks und Garrett, 2014).

Allerdings können ideologische Einstellungen beeinflussen, ob Faktenchecks überhaupt wirken (Nyhan und Reifler, 2010). Es wurde auch über sogenannte *Backfire-Effekte* diskutiert – also Fälle, in denen Faktenchecks falsche Überzeugungen eher verstärken. Nyhan und Reifler (2010) beobachteten dieses Phänomen, während andere Studien solche Effekte nicht feststellen konnten (z. B. Weeks und Garrett, 2014; Wood und Porter, 2019).

Ein möglicher Grund für diese Unterschiede ist das *motiviertere Denken*, bei dem Informationen so verarbeitet werden, dass sie bestehende Überzeugungen stützen (Lodge und Taber, 2000).

Förderung von Medienkompetenz

Ein weiteres zentrales Wirkungsfeld des ÖRR liegt in der Förderung der Medienkompetenz, insbesondere der Fähigkeit von Bürger*innen, Medieninhalte kritisch zu hinterfragen (vgl. auch Horowitz et al., 2022: 860).

Mehrere PSM-Initiativen verfolgen diesen Ansatz, darunter zwei Beispiele:

Der **Mitteldeutsche Rundfunk (MDR)** betreibt mit **Medien 360 Grad** eine Plattform zu Medienbildung, Medienkultur und Medienpolitik. Ein Kernelement ist der interaktive Charakter: Nutzer*innen können Aussagen oder Narrative zur Überprüfung einreichen. Darüber hinaus bietet die Plattform Bildungsangebote wie Artikel, Videos und Anleitungen, um Desinformation zu erkennen, Quellen zu verifizieren und Nachrichteninhalte kritisch zu bewerten.

Ein weiteres Beispiel ist die Schweizer SRG, die gemeinsam mit Partnern einen digitalen **Selbsttest** zur Stärkung der Medienkompetenz entwickelt hat. Der **Newstest**, verfügbar in Deutsch und Französisch, basiert auf einer deutschen Studie (Meßmer et al., 2021) und umfasst fünf Themenbereiche: Navigation auf Nachrichtenwebsites und in sozialen Medien, Beurteilung von Nachrichtenqualität, Bewertung der Verlässlichkeit von Informationen, Quellen und Bildern, kritischer Umgang mit Online-Informationen und Verständnis von Medien und digitalen Plattformen (SRG SSR, 2023).

Daten des Media Intelligence Service der EBU zeigen, dass Medienkompetenzprojekte für den ÖRR von hoher Bedeutung sind: Mindestens 54 PSM-Mitglieder der EBU betreiben entsprechende Initiativen (EBU, 2023: 33), und 86 % der Organisationen bewerten Medienkompetenz als „sehr wichtig“ oder „äußerst wichtig“ (EBU, 2023: 34). Die Zielgruppen

reichen von der allgemeinen Öffentlichkeit bis zu Eltern, mit besonderem Fokus auf Kinder, Schulen und Lehrkräfte (EBU, 2023: 35).

Genutzte Formate sind unter anderem Schulmaterialien, Workshops und Artikel.

Thematisch stehen Nachrichten im Vordergrund (93 %), insbesondere im Kontext von Desinformation. Aber auch der Umgang mit Medieninhalten (80 %) und allgemeine digitale Kompetenzen wie die Bewertung von Onlineinformationen (77 %) sind zentrale Bestandteile. Weitere Themen sind demokratische Teilhabe (70 %) und Online-Sicherheit (70 %).

Im Jahr 2023 gaben viele Initiativen an, künftig stärker auf fortgeschrittene digitale Kompetenzen setzen zu wollen – insbesondere im Hinblick auf generative KI und algorithmische Empfehlungen (41 %) (EBU, 2023: 36). Hierzu zählen u. a. Deepfakes sowie das Verständnis algorithmischer Funktionsweisen und deren gesellschaftlicher Konsequenzen. Dies zeigt den dynamischen Charakter von Medienkompetenzprojekten.

Medienkompetenz bietet viele Chancen zur Stärkung der Gesellschaft, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. So fehlt es häufig an einem evidenzbasierten Ansatz zur Wirkungsmessung (Dumitru et al., 2022). Studien deuten zudem darauf hin, dass Training im Bereich Medien- und Informationskompetenz (MIL) oft nur kurzfristige Effekte auf die Fähigkeit zur Erkennung von Fake News hat (Dame Adjinn-Tettey, 2022). Während Informationskompetenz Desinformation entgegenwirken kann, zeigen Medien-, Nachrichten- oder Digitalkompetenzen nicht immer denselben Effekt (Jones-Jang et al., 2021).

Krämer (2021: 22) beschreibt Medienkompetenz als „höchstens die halbe Lösung“ – sie greife ohne solide Allgemeinbildung, Weltwissen und institutionelle Strukturen zur Plausibilitätsprüfung und Quelleneinschätzung zu kurz (Krämer, 2021: 23).

Genuin öffentlich-rechtliche Plattformen

In letzter Zeit gewinnt die Debatte um **genuin öffentlich-rechtliche Plattformen** an Bedeutung. Beispielhafte Initiativen sind etwa die *Beyond Platforms Initiative*, *SDEPS – Shared Digital European Public Sphere*, *EPOS – European Public Open Spaces* oder *POS – Public Open Spaces* (Thomaß, 2020).

Genuine ÖRR-Plattformen sind solche, die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbst betrieben werden – und nicht von kommerziellen Akteuren. Ziel ist es, Inhalte mehrerer öffentlich-rechtlicher und nicht-kommerzieller Organisationen (z. B. aus dem Kulturbereich) zu bündeln und gleichzeitig die aktive Teilhabe des Publikums zu ermöglichen. Dieses Modell will eine Gegengewicht zu Plattformen wie Meta schaffen, die kommerzielle Interessen in den Vordergrund stellen und dabei demokratische Prozesse unbeabsichtigt negativ beeinflussen könnten (z. B. Thomaß, 2020: 7).

Mit dem Zugang zu verlässlichen ÖRR-Quellen könnte die Verbreitung von Desinformation auf solchen Plattformen deutlich eingedämmt werden (Thomaß, 2020: 13–14). Solche genuinen Plattformen sollen öffentliches Interesse wahren – unabhängig von Markt und Politik – und hohen Qualitätsstandards folgen (Grassmuck, 2018).

Es gibt erste kleinere Projekte in diese Richtung: So arbeiten etwa **ARD** und **ZDF** an einer technischen Lösung, um ihre Inhalte gegenseitig auf ihren Plattformen sichtbar zu ma-

chen. Dabei wurde auch die Idee geäußert, künftig weitere "public-value-orientierte" Akteure einzubinden (tagesschau, 2024).

Die Umsetzung umfassender genuiner ÖRR-Plattformen – etwa auf europäischer Ebene – hängt jedoch stark von medienpolitischen Entscheidungen und der Bereitschaft relevanter Akteure zur Zusammenarbeit ab (Thomaß, 2020: 13–14). Ihre Realisierung bleibt daher ungewiss.

6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance

- Welche vergleichbaren Modelle gibt es im Ausland?
- Was lässt sich aus diesen Beispielen lernen?
- Wo sind kulturelle, rechtliche oder strukturelle Unterschiede?

8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung

- Welche Rolle spielt spekulatives Design im Projekt?
- Wie wird Gestaltung als Erkenntnismittel eingesetzt?
- Welche Validierungsformate kommen zum Einsatz (z. B. Interviews, Workshops)?
- Welche Haltung nimmt die Arbeit gegenüber gesellschaftspolitischen Wirkungen ein?

9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze

- Welche inhaltlichen Anforderungen adressieren die einzelnen Prototypen?
- Welche Technologien werden wie eingesetzt?
- Welche Chancen und Herausforderungen entstehen daraus?

10. Gefahren

<https://verfassungsblog.de/offentlich-rechtlicher-rundfunk-afd-emfa/>

- Welche Risiken entstehen durch die vorgeschlagenen Veränderungen?
- Populismus, Desinformation, Vertrauensverlust – wie kann man ihnen begegnen?

11. Gesellschaftlicher Nutzen

- Lässt sich durch Reformen der informative, demokratische und finanzielle Nutzen steigern?
- Besteht realistische Aussicht auf mehr Vertrauen, bessere Qualität und Beteiligung?
- Wie tragen Reformideen zum gesellschaftlichen Diskurs bei?

11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien

- Wie würde sich ein partizipatives Modell langfristig auswirken?
- Welche realistischen, utopischen oder dystopischen Entwicklungspfade sind denkbar?

Literaturverzeichnis

Die Formatierungsvorgaben für das Literaturverzeichnis sollten Sie mit dem/der betreuenden Erstprüfer*in abstimmen. Falls keine Angaben gemacht werden, können Sie sich z. B. am [APA-Standard](#) orientieren. Wichtig ist, dass das Literaturverzeichnis vollständig ist und Sie nur die Quellen angeben, die Sie im Rahmen Ihrer Bachelorarbeit wörtlich zitiert oder sinngemäß wiedergegeben haben. Literatur, die Sie lediglich zur Vorbereitung genutzt haben, gehört nicht in das Literaturverzeichnis. Achten Sie auf eine einheitliche Darstellung, verwenden Sie wissenschaftliche Quellen, und sortieren Sie die Quellen im Literaturverzeichnis alphabetisch (also nicht in der Reihenfolge des Auftretens im Text, sondern alphabetisch nach den Nachnamen der Autoren sortiert). Hinweis: Wikipedia gilt nicht als wissenschaftliche Quelle. Bei Internetquellen wird das Datum des letzten Aufrufs mit angegeben.

Anhang

Bestandteil eines Anhangs können umfangreiche Datenreihen sein, Quelltexte, transkribierte Interviews oder ergänzende Informationen wie z. B. Datenblätter. Falls Sie Ihren Anhang untergliedern, erscheint diese Gliederung auch im Inhaltsverzeichnis Ihrer Bachelorarbeit.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit mit dem Titel:

selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Alle Passagen, die ich wörtlich aus der Literatur oder aus anderen Quellen wie z. B. Internetseiten übernommen habe, habe ich deutlich als Zitat mit Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Datum

Unterschrift